

Wahlkampf: Grüne

„Da muss man auch mal pragmatisch sein“

Nach dem guten Ergebnis bei der Landtagswahl 2011 hoffen die Grünen bei der Bundestagswahl darauf, erstmals im Südwesten ein Direktmandat zu erringen. In Karlsruhe scheinen die Chancen dazu gut. Sylvia Kotting-Uhl, atompolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion, ist bekannt und gehört seit Langem zur Führungsriege der Partei im Land.

Von Marcus Dischinger

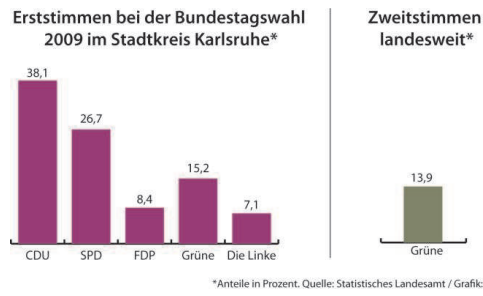
KARLSRUHE. Einen langen Anlauf braucht die Grünen-Politikerin Sylvia Kotting-Uhl nicht, wenn sie ans Rednerpult tritt. „Ich war in der vergangenen Legislaturperiode atompolitische Sprecherin“, lautet der fast schon buchhalterisch klingende Auftaktsatz der 60-Jährigen bei einer Wahlkampfreden auf dem zentralen Stephanplatz in Karlsruhe. „Begonnen haben wir mit einer Laufzeitverlängerung bei den Atomkraftwerken, dann kam der Atomausstieg, wir enden mit der Stilllegung des Zwischenlagers Asse und haben eine ergebnisoffene Studie bei der Suche nach einem Endlager erreicht“. Kotting-Uhl schreibt diese Erfolge ohne Umschweife der Grünen-Fraktion im Bundestag zu. „Diese Beschlüsse gab es, weil wir stark sind“, ruft sie den rund 300 Besucherinnen und Besuchern der Veranstaltung zu. Die Anhänger klatschen begeistert.

Kotting-Uhl ist Sprecherin für ein Kernanliegen grüner Politik

Stark fühlt sich Sylvia Kotting-Uhl in ihrer Funktion als atompolitische Sprecherin zweifelsohne auch. Mit Abstand genießt sie die meiste Medienpräsenz in den Reihen der Abgeordneten, wenn es darum geht, Umweltminister Peter Altmaier (CDU) und Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) in Sachen Atompolitik Paroli zu bieten. Wer die Stichworte „atompolitischer Sprecher“ und „Bundestag“ in eine Suchmaschine eingibt, wird zuerst



Sylvia Kotting-Uhl, Grünen-Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Karlsruhe macht ihrer Ansicht nach eine pragmatische Atompolitik; in der Partei gilt sie eher als links. FOTO: DISCHINGER



bei Kotting-Uhl landen. Sie vertritt in der Atompolitik „urgrüne“ Kernanliegen und genießt deshalb im Landesverband Baden-Württemberg großen Rückhalt. Auf Platz drei der Grünen-Landesliste ist sie auch für den kommenden Bundestag sicher gesetzt. Vor ihr stehen lediglich die Freiburgerin Kerstin Andreae und der Stuttgarter Bundesvorsitzende Cem Özdemir.

Sylvia Kotting-Uhl wollte eigentlich zunächst auf einer Insel leben.

Auf einer „Öko-Insel“ irgendwo im Kraichgau, erzählt die Germanistin und Kunsthistorikerin. Mit ihrer Familie hatte sie in den 1980er-Jahren im Nordbadischen einen Hof gekauft, um ein alternatives Landleben anzufangen. „Die Kinder sollten gesund aufwachsen können“, erzählt sie. Das Waldsterben, das Ozonloch und schließlich die Reaktor-Katastrophe in Tschernobyl im Jahr 1986 kamen dazwischen. „Das Leben unter der grünen Käseglocke

schien nicht mehr passend“, sagt sie heute darüber. Es war der Einstieg in die Politik. Viele Jahre arbeitete sie im Orts- und Kreisverband mit – verbunden mit der Herkunft aus der Ökologiebewegung ein typischer Werdegang bei den Grünen.

Seit Langem ist sie Mitglied im Landesvorstand. 2005 folgt der Einzug in den Bundestag. Schon in ihrer ersten Wahlperiode bekleidet sie das für die Grünen wichtige Amt der Fraktions-Sprecherin für Umweltpolitik. 2009 wurde feinjustiert. Seither ist Kotting-Uhl speziell für Atompolitik zuständig. „Ich habe sehr viel erreicht“ sagt sie und klingt kein bisschen überheblich: „Die fraktionsübergreifenden Beschlüsse zur Lex Asse und zur Standortsuche für ein Endlager sind schon sehr richtig“. Und sie verteidigt sich gegen Angriffe aus der eigenen Partei, als Nachverhandlungen beim Endlagerbeschluss gefordert wurden.

Das hatte sie zunächst selbst vertreten. Aber: „Das Endlager-Suchgesetz ist zu 75 Prozent Grün und man muss eben manchmal auch Kom-

promisse machen, da bin ich schon sehr pragmatisch“. Ansonsten gelte sie eher als linke Grüne – etwa in der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik. Die Begriffe „Realo“ und „Fundis“ verwendet sie dafür nicht mehr.

Bundespolitische Funktion steht stärkerer Präsenz vor Ort im Weg

Genau dieses Amt der atompolitischen Sprecherin fordert aber auch einen Tribut. Im Vergleich zum vor Ort omnipräsenten CDU-Konkurrenten Ingo Wellenreuther kann sie deutlich weniger Termine vor Ort wahrnehmen und muss wegen der hervorgehobenen Stellung des Themas Atom bundesweit agieren.

„Es gibt aber auch genügend Themen vor Ort“, sagt sie bei einem Gespräch in ihrem Wahlkreisbüro, das mit Plakaten von Wahlkampagnen bestückt ist. „Wir haben hier die Wiederaufbereitungsanlage im früheren Kernforschungszentrum, das Atomkraftwerk in Philippsburg und die Frage, inwieweit wichtige Forschungseinrichtungen in Karlsruhe

überhaupt noch Atomforschung betreiben sollten“. Sicher: Brisante Fragen wie die nach einer zusätzlichen Brückenverbindung über den Rhein bei Karlsruhe wolle sie im Wahlkampf ebenfalls thematisieren. Auch die Chancengerechtigkeit von Männern und Frauen sei ihr ein ganz wichtiges Anliegen.

9,1 Prozent im Jahr 2005 und 15,2 Prozent hat sie an Erststimmen geholt – zum Direktmandat reichte das bisher nicht. „Wir wollen aber angreifen“, versichert sie. Rückenwind bringe die Tatsache, dass im eigenen Bundesland Grün-Rot regiere. Die Ausgangslage in Karlsruhe für ein gutes Erststimmen-Ergebnis deutlich über 20 Prozent könnte kaum besser sein. CDU-Mann Wellenreuther spaltet nach seiner überraschend deutlichen Niederlage bei der Oberbürgermeister-Wahl im Dezember 2012 die eigene Anhängerschaft. Schon bei der vergangenen Landtagswahl hatten die beiden Grünen-Kandidaten der CDU fast die Direktmandate abgeluchst. Schließlich schickt die SPD ihren 31 Jahre alten Kreisvorsitzenden Parsa Marvi ins Rennen, der zum ersten Mal antritt und einen entsprechend niedrigen Bekanntheitsgrad hat. Die Linken-Kandidatin Karin Binder wird im Kampf um das Direktmandat keine Rolle spielen. Sie ist zudem über die Landesliste abgesichert.

Bloß die hohen Zustimmungswerte für Kanzlerin Angela Merkel (CDU) verursachen bei Sylvia Kotting-Uhl einigermaßen Ratlosigkeit. „Sie über der Politik der Koalition schweben zu lassen, das funktioniert eigenartigerweise“, meint sie dazu bloß. Dass in den kommenden Wochen Wahlkampf stattfindet mit Infoständen, Wahlkampfreden, Podiumsdiskussionen und viel Kontakt mit Bürgern findet die 60-jährige Politikerin wichtig. „Der eigentliche Sinn von Politik ist aber die Arbeit im Bundestag und die Arbeit an Konzepten“, schiebt sie nach.

MEHR ZUM THEMA

Am 23. August berichten wir über den Wahlkampf von Jürgen Rüdiger, SPD-Kandidat im Landkreis Böblingen.